



Open Data in Kommunen



Wirtschaft, Staat und Gesellschaft befinden sich im Umbruch, gerade was das Verständnis von Öffentlichkeit und Geheimhaltung angeht. Dem stellen sich Politik und Verwaltung, indem sie sich für ihre Bürger und die Wirtschaft öffnen und sie in staatliche Entscheidungsprozesse einbeziehen. Open Data erfüllt die Forderung nach einem freien Zugang zu aktuellen öffentlichen Daten und Informationen im Internet, die jeder nutzen, zusammenführen und weiterverwenden kann. Das Spektrum von Open Data ist dabei so breit wie die Vielzahl der Daten, die die öffentliche Hand erhebt und hortet. Personenbezogene oder sicherheitsrelevante Daten sind allerdings weiterhin davon ausgeschlossen.

Vitako, der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und die KGSt plädieren in ihrem Positionspapier für Gelassenheit im Umgang mit Open Data. Eine proaktive Veröffentlichung von Daten kann als Basis für die Meinungsbildung in der Bevölkerung genutzt werden. Zudem kann Open Data dazu beitragen, die Transparenz des Verwaltungshandelns zu erhöhen, in dem zum Beispiel komplexe Sachverhalte durch Visualisierung von Daten in Form von Apps anschaulich vermittelt werden. Auch die Verwaltung selbst kann von Open Data profitieren, weil eine organisationsweite Aufbereitung von Daten für alle Beteiligten deutlich macht, welche Daten überhaupt vorhanden sind und gegebenenfalls für interne Zwecke genutzt werden können. Darüber hinaus gewinnt Open Data in der Wirtschaftsförderung zunehmend Bedeutung als weicher Standortfaktor.

Das gemeinsame Positionspapier von Vitako, DStGB und KGSt gibt Anregungen und konkrete Hilfestellungen für Kommunen und die Verwaltung, es beschreibt Chancen und den möglichen Nutzen von Open Data, geht auf den notwendigen kulturellen Wandel ein und beschreibt die rechtlichen Grundlagen. Konkrete Empfehlungen zur Vorgehensweise bei der Bereitstellung von Datenbeständen mit Hinweisen auf Praxisbeispiele runden das Papier ab.

[Gemeinsames Positionspapier von Vitako, DStGB und KGSt](#)